

Die Mehrheit wackelt

Frauenquote In der Koalition rumort es gewaltig – trotz einer Intervention des Fraktionschefs.

Wenige Tage vor der Bundestags-Abstimmung über eine Frauenquote in Aufsichtsräten wackelt die schwarz-gelbe Mehrheit gegen den Oppositionsentwurf. Nach Informationen der „Wirtschaftswoche“ wollen mehrere Abgeordnete von Union und FDP mit SPD, Grünen und Linken für eine gesetzliche Vorgabe stimmen. „Ich werde mich dafür aussprechen. Wir brauchen das Signal, dass Frauen für Führungsaufgaben gesucht werden und zu finden sind“, sagte die FDP-Politikerin Sibylle Laurischk dem Magazin.

Dem Bericht zufolge favorisieren auch andere FDP-Frauen das Gesetz, wollen sich aber nicht äußern. Auch die CDU-Abgeordnete Rita Pawalski habe ihre Unterstützung bekräftigt und von mehreren Gleichgesinnten berichtet. Die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär sagte: „Ich bin nach wie vor für die gesetzliche Quote.“ Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), ebenfalls für die Quote, will erst kurz vor der namentlichen Abstimmung sagen, wie sie sich entschieden hat.

Der Entwurf aus Hamburg sieht eine feste Frauenquote in Aufsichtsräten vor. Er steht am kommenden Donnerstag im Bundestag auf der Tagesordnung. Im Bundesrat war er mit Unterstützung der CDU-geführten Länder Thüringen und Saarland beschlossen worden. Um das Gesetz im Bundestag zu verabschieden, müssten insgesamt 21 Abgeordnete aus dem schwarz-gelben Regierungslager mit der Opposition stimmen. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) hatte die Abwechlerinnen daher zur Ordnung gerufen. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles warf ihm daraufhin unbotmäßiges Verhalten vor. „Unionsfraktionschef Volker Kauder hat die Frauen in der Union öffentlich aufgefordert, gegen ihr eigenes Gewissen zu stimmen.“

Nach Informationen der „Bild“-Zeitung will die Unions-Fraktion ihre Mitglieder am Dienstag vorab intern abstimmen lassen. Das solle potenzielle Abwechler unter Druck setzen. Die Fraktionspitze favorisiert mit Frauenministerin Kristina Schröder (CDU) die sogenannte Flexiquote. Diese soll die Wirtschaft verpflichten, sich selbst eine Frauenquote aufzulegen. dpa

Kompromiss wohl gescheitert

Flughafenbahnhof Grün-Rot wird voraussichtlich für keine Mehrkosten übernehmen.

Die grün-rote Landesregierung wird voraussichtlich keine Mehrkosten für einen verbesserten Flughafenbahnhof bei Stuttgart 21 übernehmen. Gespräche mit der Bahn über einen Kompromiss seien gescheitert, erfuhr die Nachrichtenagentur dpa aus Regierungskreisen. „Die Sache ist gegessen“, sagte ein führender Koalitionär am späten Sonntagabend. Weder die Bahn noch der grüne Teil der Regierung seien bereit, einen Teil der Mehrkosten von geschätzten 224 Millionen Euro für das Teilprojekt von Stuttgart 21 zu übernehmen, hieß es. Die SPD hatte dagegen der Bahn Entgegenkommen signalisiert.

Die Grünen bleiben damit dem Vernehmen nach bei ihrer Haltung, nicht mehr als die zugesagten 930 Millionen Euro für den Tiefbahnhof und die Anbindung an die Schnellbahnstrecke nach Ulm zu zahlen. Regierungssprecher Rudi Hoogvliet versicherte allerdings am Sonntagabend, das Staatsministerium und das Verkehrsministerium hätten keinen neuen Stand.

Mit Spannung war erwartet worden, ob es Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) gelingt, die ablehnende Position der Grünen noch aufzuweichen. Denn der Regierungschef hatte zuletzt Gesprächsbereitschaft signalisiert und sogar einmal die Summe von 24 Millionen genannt, die für das Land noch verkraftbar sei. Doch dafür war er von Grünen in Land und Bund, die zum großen Teil Stuttgart 21 strikt ablehnen, scharf kritisiert worden. Kretschmann hatte jüngst angekündigt, die Entscheidung über eine Beteiligung an den Zusatzkosten stehe unmittelbar bevor. An diesem Dienstag wird der Ministerpräsident zu einem Treffen in die SPD-Landtagsfraktion kommen. /sw

Kontakt

Politikredaktion
Telefon: 07 11/72 05-11 31
E-Mail: politik@stz.zgs.de

Die Alternativen bleiben im Vagen

Gründungsparteitag Die Alternative für Deutschland hat sich in Berlin als Partei konstituiert. Die Eurogegner wehren sich gegen den Vorwurf, lediglich eine „Einthemenpartei“ zu sein, und wollen auch keine Nähe zum rechten Lager zulassen. Von Daniel Hackbarth

Dramaturgisch hätte der Zwischenfall kaum zu einem ungünstigeren Zeitpunkt kommen können. Eben noch war die Eröffnungsrede Bernd Luckes konzentriert ihrem Höhepunkt entgegengesteuert; der Sprecher der Alternative für Deutschland (AfD) hatte davon gesprochen, dass seine Partei „eine Partei neuen Typs“ sei, die „weder links noch rechts“ stehe und statt „ideologischer Wegweiser“ nur den „gesunden Menschenverstand“ in Anspruch nehmen würde – worauf fast der gesamte große Saal des Berliner Intercontinental Hotels, in dem der Gründungsparteitag der Eurokritiker stattfand, sich erhoben hatte, um Lucke zu bejubeln.

Dann brach plötzlich ein Tumult mitten im Plenum aus, weil ein Fotograf von einem Parteimitglied handgreiflich daran gehindert wurde, Aufnahmen von einem älteren Mann zu machen, der begeistert eine Deutschlandfahne in die Höhe reckte, dabei aber von seinen Nebensitzern gehindert wurde. Kamerteams eilten zum Ort des Geschehens – und die Rede Luckes blieb für einige Minuten unterbrochen.

„Wir sollten den Populismus-Vorwurf als Auszeichnung betrachten.“

Konrad Adam, AfD-Mitbegründer

Abbruch. 1700 Mitglieder – die meisten davon eher ältere Männer – nahmen daran teil; da der große Saal des Hotels nur 1300 Personen fasst, wurde das Geschehen in einen kleineren Saal live übertragen. Auch das Medieninteresse war enorm, zahlreiche Kameraleute drängten sich im Wettstreit um die besten Plätze. Trotzdem begann das Programm mit nur wenig Verspätung: Zehn Minuten nach neun stand der Publizist Konrad Adam, neben Lucke der bekannteste Vertreter der neuen Partei, am Redepult, um den, wie er sagte, „ersten Parteitag einer hoffentlich noch langen und erfolgreichen Geschichte“ zu eröffnen.

Adam begrüßte zu Beginn seiner pointierten Rede unter anderem eine Repräsentantin des Europäischen Kommission, was mit Buhrufen der Versammelten quittiert wurde. Auch die Ökonomen Joachim Starbatty aus Tübingen sowie Hans-Olaf Henkel, der lange Zeit dem Bund der deutschen Industrie vorsah, waren unter den Gästen des Gründungsparteitags. Adam sprach davon, dass Europa heute für „Ent-



Der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Lucke wurde beim Gründungsparteitag der AfD bejubelt.

Foto: dpa

täuschung, Empörung und Entfremdung“ stünde: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – die europäischsten aller europäischen Werte sind verraten und verkauft worden. Und das im Namen Europas.“

Der ehemalige Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wandte sich auch gegen die „deutsche Sprachpolizei“, die verhindern wolle, dass „Dinge beim Namen“ genannt würden. Gegen den Vorwurf des Populismus wandte Adam ein: „Wenn unsere Volksvertreter das Volk entmündigen, dann sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten.“

Draußen vor dem Interconti verteilten die „Republikaner“ Flugblätter; auch die rechtslastige Wochenzeitung „Junge Freiheit“ war präsent, berichtete via Liveticker auf ihrer Homepage und verteilte gratis ihre aktuelle Ausgabe. Deren Titelgeschichte, in der gegen „Frauenquoten“, „Gender-Toiletten“ und „staatlich bezahlte Schwulen- und Islam-Versteher“ gepöbelt wurde, thematisierte den Gründungsparteitag der AfD vereinnahmend unter der Überschrift „Ein Hauch von Vormärz.“

Dieselbe Formulierung verwendete Lucke, als er in seiner Rede die Parallele zu der Revolution von 1848 zog; die Reaktionen der vergangenen Woche hätten gezeigt, dass die Alternative für Deutschland „wie ein politischer Frühlingbote“ begrüßt

WAHLPROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Währungspolitik Die Kritiker der Gemeinschaftswährung fordern eine „geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets“. Deutschland brauche den Euro nicht, den anderen Ländern schade er ökonomisch. Zudem fordert die AfD einen Schuldenschnitt für Staaten wie Griechenland.

Europapolitik Die neue Partei strebt „ein Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt“ an. Zudem gelte es die EU zu reformieren, um Bürokratie abzubauen und Transparenz zu schaffen. Einzelne Zuständigkeiten sollen an die nationalen Parlamente zurückverlagert werden.

Demokratie Die AfD will Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild einführen. Der Einfluss der etablierten Parteien soll zurückgedrängt werden. In politischen Debatten sollen „auch unkonventionelle Meinungen ergebnisoffen diskutiert werden“, so heißt es im Wahlprogramm. *kä*

werde. Der Ökonomieprofessor prangerte die „Degeneration des deutschen Parlamentarismus“ sowie den Bruch des Maastricht-Vertrags an, und erklärte den Euro für gescheitert. Wie die Alternativen zur herrschenden Europapolitik konkret aussehen könnten, ließ Lucke allerdings im Vagen: Denkbar seien „kleine staatlichen Währungsverbände“ oder auch die Rückkehr zu nationalen Währungen.

Zugleich wandte sich Lucke gegen die Einschätzung, die AfD sei eine Einthemenpartei; auch in Sachen Steuerpolitik, im Gesundheitswesen und in Energiefragen bestünde Handlungsbedarf. Überraschend war angesichts des eher rechtskonservativen Profils der Partei, dass Lucke die Einschränkung des Asylrechts in den 1990er Jahren als „beschämend“ bezeichnete und eine Arbeitsrecht für Asylbewerber forder-

te. Zudem berief er sich auf einen ehemaligen Bundeskanzler der SPD: „Folgen wir Willy Brandts Vorbild und wagen wir mehr Demokratie in Deutschland.“

Als allerdings das Wahlprogramm der Partei auf der Tagungsordnung stand, bediente sich Lucke eines zwar pragmatischen, in Sachen Demokratie aber eher fragwürdigen Schritts. Der Sprecher schlug vor, dass vom Gründungsvorstand ausgearbeitete Programm zunächst zu beschließen und es erst später zu diskutieren; dieses Vorgehen garantiere einen „programatisch erfolgreichen Abschluss“ des Parteitags und wäre zudem ein „Signal der Einheit.“ Die Delegierten folgten dem Vorschlag – so als gelte es für die von Lucke mehrfach bemehrte Beschworung des „gesunden Menschenverstands“ gleich ein konkretes Beispiel zu liefern.

Die Globalisierung vor der Haustür

Schweiz Die Politik konzentriert sich verstärkt auf den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Von Knut Krohn

Steht es so schlecht um die Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz? Zuerst ernannt die Regierung in Bern 2012 einen Sonderbeauftragten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Und dann wird in diesen Wochen an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) am Standort Winterthur ein Lehrgang eingerichtet, in dem die Stärken und Schwächen der so genannten kantonalen Außenpolitik analysiert werden sollen.

Doch als „schlecht“ will Max Schweizer das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn auf keinen Fall bezeichnen. Allerdings gebe es genügend Themen mit großem Diskussionsbedarf. Er nennt den Fluglärm, die Steuerflüchtlinge, grenznahe Kernkraftwerke und Atommüllendlager. Schweizer ist ehemaliger Diplomat und leitet nun an der ZHAW den Lehrgang zur „kleinen Außenpolitik“. „Wir hätten sicher auch einen Studiengang über das Verhältnis zu Peking oder Washington ins Leben rufen können, aber wir wollen uns zuerst einmal um die Probleme vor der eigenen Haustüre kümmern“, sagt er.

Ein Mann mit großen Erfahrungen auf diesem Feld ist Reto Dubach, Regierungsrat des Kantons Schaffhausen. „Unser Kanton hat eine 185 Kilometer lange Außengrenze“, verdeutlicht er, „davon sind nur 34 Kilometer mit den Schweizer Kantonen, der Rest mit Baden-Württemberg.“ Deswegen seien die Außenbeziehungen zwangsläufig sehr vielfältig, berichtet Dubach aus seiner täglichen Praxis. Aus Erfahrung weiß er auch, dass die „kleine Außenpolitik“ im direkten Grenzbereich von der „großen Außenpolitik zwischen Bern und Berlin“ in der Regel abgekoppelt sei – allerdings gibt

DER KANTON SCHAFFHAUSEN GRENZT AN BADEN-WÜRTTEMBERG



es auch Ausnahmen. Dubach musste in den vergangenen Monaten zähneknirschend erkennen, dass etwa der Fluglärmstreit zwischen mit großer Vehemenz auf höchster Ebene zwischen den Hauptstädten ausgefochten wird und sich negativ auf regionale wichtige Projekte wie die geplante Elektrifizierung der Hochrheinbahn ausgewirkt habe.

Nicht zuletzt die Auseinandersetzung um den Anflug auf den Zürcher Flughafen hat in Bern offensichtlich die Erkenntnis reifen lassen, das Augenmerk verstärkt auf die gute Zusammenarbeit in den Grenzregionen zu legen. Dieser Wandel in der Ausrichtung hat auch mit dem neuen Schweizer Außenminister Didier Burkhalter zu tun. Im Gegensatz zu seiner Vorgängerin Micheline Calmy-Rey, die in vielen Krisenregionen dieser Erde ihre neutralen Dienste als Vermittlerin anbot, will sich Burkhalter mehr um die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn kümmern.

Hinzu kommt das große Selbstbewusstsein der Schweizer Kantone gegenüber der Zentralregierung in Bern. Fast eifersüchtig wachen sie über ihre Kompetenzen und so pochen immer wieder vor allem die Grenzregionen auf Artikel 55 der Schweizer Bundesverfassung. Dieser besagt, dass die Kan-

tone „an der Vorbereitung außenpolitischer Entscheide mitwirken, die ihre Zuständigkeiten oder ihre wesentlichen Interessen betreffen“.

Eine Stärkung der „kleinen Außenpolitik“ liege in der Natur der Dinge, erklärt Peter Grünenfelder, der Leiter der Staatskanzlei des Kantons Aargau. Sein Argument: „Wirtschaftsräume nehmen keine Rücksicht auf politische Räume.“ Deutsche würden in der Schweiz arbeiten und umgekehrt, Tausende führen in ihrer Freizeit zum Einkaufen ins Nachbarland. Die Globalisierung finde direkt vor der Haustüre statt, sagt Grünenfelder. Der Staatsschreiber fordert, dass die Erkenntnisse aus der „kleinen Außenpolitik“ auch in Bern stärker genutzt werden sollten.

Auch Christian Blickenstorfer, ehemaliger Schweizer Botschafter in Deutschland, unterstreicht die Bedeutung der Pflege gut nachbarschaftlicher Zusammenarbeit. Bei der Frage um ein Schweizer Atomendlager in Grenznähe habe sich etwa positiv bemerkbar gemacht, als die deutsche Seite in die Diskussion mit einbezogen worden sei. „Ich konnte den Deutschen aber nicht versprechen, dass sie dann auch bei der Volksabstimmung in der Schweiz mitmachen dürfen“, erklärt der ehemalige Diplomat. So weit reiche die Freundschaft nun auch wieder nicht.

Freiburg

Filbingers Tochter: Vater kein NS-Gegner

Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger (1913–2007) war nach Auffassung seiner Tochter kein Gegner des Nationalsozialismus. Susanna Filbinger-Riggert sei zu dieser Einschätzung gekommen, nachdem sie die bisher unbekanntesten Tagebücher ihres Vaters entdeckt und ausgewertet habe, berichtete die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (FAS). Der CDU-Politiker Filbinger musste 1978 nach zwölf Jahren als Ministerpräsident zurücktreten, weil bekannt geworden war, dass er in der Endphase des Zweiten Weltkriegs als Marineringer an Todesurteilen beteiligt war. Nach Filbingers Tod 2007 hatte der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) gesagt: „Hans Filbinger war kein Nationalsozialist, im Gegenteil: Er war ein Gegner des NS-Regimes, der sich aber den Zwängen des brutalen Regimes ebenso wenig entziehen konnte wie Millionen andere.“ Filbinger-Riggert widersprach dieser Einschätzung. „Gegner des Nationalsozialismus: Das waren die Stauffenbergs und Goerdelers“, sagte sie der FAS. Nach Angaben der Zeitung hatte sie nach dem Tod ihrer Mutter im Oktober 2009 im Haus der Familie in Freiburg die Tagebücher des Vaters entdeckt. *kna*

Kirchen

Bischöfe fordern mehr Engagement

Mit einem Aufruf zu mehr gesellschaftlichem Engagement haben die beiden großen Kirchen die bundesweite „Woche für das Leben“ eröffnet. In einem ökumenischen Gottesdienst in Mannheim warben der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, und der badische evangelische Landesbischof Ulrich Fischer dafür, das soziale Miteinander zu stärken. Das Motto der Initiative lautet in diesem Jahr „Engagiert für das Leben: Zusammenhalt gestalten“. *epd*